

Demokratie in den Kommunen schützen und stärken, Extremismus und Demokratiefeindlichkeit konsequent entgegentreten

-

Gemeinsame Erklärung des Ministeriums des Innern und für Sport und der Kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz

Präambel

Demokratie ist die Basis für ein friedliches Zusammenleben in Freiheit und Würde. Sie stellt – neben dem Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit – einen unabänderlichen Bestandteil des Wertefundaments von Grundgesetz und Landesverfassung Rheinland-Pfalz dar.

Die Geschichte lehrt, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Für ihr Fortbestehen muss die Demokratie daher jeden Tag gelebt und verteidigt werden.

Dies ist heute umso wichtiger, da die Gefahren für die Demokratie erheblich zugenommen haben. Extremistinnen und Extremisten haben in jüngerer Zeit ihre demokratiefeindlichen Aktivitäten deutlich ausgeweitet und intensiviert. Sie versuchen, die Demokratie zu delegitimieren, demokratisch gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates zu diskreditieren und damit das Vertrauen der Bevölkerung in den demokratischen Staat zu erschüttern. Ziel solcher Aktionen sind nicht zuletzt auch Kommunen sowie kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Die jüngst veröffentlichten Zahlen zur Politisch Motivierten Kriminalität zeigen einen drastischen Anstieg rechtsmotivierter Propagandadelikte wie Volksverhetzung sowie rechtsmotivierter Gewaltdelikte. Diese Entwicklungen sind für Land und Kommunen als „Keimzelle der Demokratie“ erneuter Anlass, antidemokratischen Bestrebungen entschieden entgegen zu treten und sich schützend vor Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu stellen.

In diesem Sinne erklären das Ministerium des Innern und für Sport und die Kommunalen Spitzenverbände:

Erklärung für den Erhalt von Freiheit und Demokratie

- Wir treten gemeinsam allen Formen von Extremismus und Demokratiefeindlichkeit entschieden entgegen.
- Der Schutz der Demokratie ist für uns zugleich Verpflichtung und Daueraufgabe.
- Unsere Sicherheitsbehörden bekämpfen jedweden Extremismus und schaffen Transparenz über relevante Entwicklungen.
- Wir setzen die Vernetzung der Präventionsarbeit der Behörden, Organisationen und Institutionen weiter fort und fördern diese.
- Wir stärken die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie die Bediensteten in den Kommunen und leisten vielfältige Hilfen zu deren Sicherheit.
- Wir unterstützen das Ehrenamt als zentrales Element demokratischer Partizipation.
- Wir werben für einen Beitritt zum Bündnis „Demokratie gewinnt!“, dessen inzwischen mehr als 90 zivilgesellschaftliche und staatliche Bündnispartner sich aktiv für den Erhalt und die Festigung der Demokratie einsetzen.

Unterstützungsangebote für die Kommunen

Das Ministerium des Innern und für Sport und die Kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Kommunen bei der Bekämpfung von Extremismus und Demokratiefeindlichkeit und stärken sie auf vielfältige Weise zum Schutz und Erhalt der Demokratie.

Die **Landeswahlleitung** hat mit Blick auf die Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 die Kommunen über die **Verfassungstreue von kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten** – insbesondere über die Prüfungsverpflichtung und die Prüfungsinhalte – bereits im Oktober 2023 und sodann im März 2024 näher informiert. Das Vorliegen der Verfassungstreue ist Voraussetzung für die Zulassung von Bewerberinnen und Bewerbern für ein kommunales Amt, so dass die Prüfung der Verfassungstreue bereits im Verfahren der Zulassung der Wahlvorschläge zu erfolgen hat.

Das **Ministerium des Innern und für Sport** bietet den rheinland-pfälzischen Versammlungsbehörden **Beratung in Fragen des Versammlungsrechts und zu seiner praktischen Umsetzung** an.

Den **kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern** werden **von unterschiedlicher Seite verschiedene Hilfestellungen** an die Hand gegeben, um das verantwortungsvolle **Ehren- oder Hauptamt** entsprechend wahrnehmen zu können: Dem von den Kommunalen Spitzenverbänden zu Kommunalwahlen aufgelegten **Kommunalbrevier** sind **grundlegende Rechtsvorschriften und Aufsätze** zu zentralen Themenfeldern der **Kommunalpolitik** zu entnehmen. Daneben stellen die Spitzenverbände **Leitfäden**, z.B. zum Ablauf einer Ratssitzung, zur Verfügung.

Zur **Unterstützung und Qualifizierung der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker** werden auch **Informations- und Fortbildungsveranstaltungen** angeboten, etwa von kommunalpolitischen Vereinigungen oder der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz e.V.

Diese Angebote werden durch das Ministerium des Innern und für Sport finanziell gefördert. Für Fragen rund um die **Freistellung für das kommunale Ehrenamt** ist auf der **Internetseite „wir-tun-was.rlp.de“** eine Ansprechpartnerin benannt.

Zentrales Ziel der Landesregierung ist es weiterhin, dass **Extremisten, Reichsbürger/Selbstverwalter und sogenannte Delegitimierer** unter Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten der **Zugang zu Waffen verwehrt** und **bereits erteilte waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen** werden. Dies gilt es weiterhin durch einen regelmäßigen Austausch zwischen den beteiligten Sicherheitsbehörden, Polizei und Verfassungsschutz, den kommunalen Ordnungsbehörden und Waffenbehörden zu gewährleisten. In diesem Sinne werden wie schon in 2023 entsprechende **Fachtagungen konzipiert und fortgeführt**.

Die **Polizei Rheinland-Pfalz** unterbreitet Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern über die strafrechtlichen Ermittlungen hinaus **vielfältige Unterstützungsangebote**. Die Polizei rät allen Betroffenen von Straftaten, Anzeige zu erstatten. Dafür stehen ihnen die **Online-Wache der Polizei** und eine speziell eingerichtete **Hotline des Landeskriminalamts** rund um die Uhr zur Verfügung.

Das **Landeskriminalamt informiert** alle Interessierten über die aktuelle Einschätzung der **Sicherheitslage** und klärt sie über mögliche polizeiliche **Bekämpfungs- und Unterstützungsmaßnahmen** sowie sicherungstechnische und verhaltensbezogene **Möglichkeiten zur Gefahrenminimierung** auf.

Die **kommunalen Präventionsgremien** sind auf lokaler Ebene durch ihren interdisziplinären Ansatz verlässliche Strukturen zur Erarbeitung von Konzepten zum Schutz vor Gewalt und Kriminalität sowie zur Stärkung des Zusammenhaltes und des Sicherheitsgefühls innerhalb der Gemeinden. Die Präventionsgremien wirken damit auch Radikalisierungstendenzen und extremistischen Bestrebungen vor Ort entgegen. Die **Leitstelle Kriminalprävention** unterstützt die Kommunen bei ihrer Präventionsarbeit durch finanzielle Förderung von Projekten und Maßnahmen sowie durch Angebote zur Qualifizierung, Professionalisierung und Digitalisierung.

Der **Verfassungsschutz** bietet zur Unterstützung der Kommunen unter dem Motto „Prävention durch Information“ **Informations- und Vortragsveranstaltungen** zu allen extremistischen Phänomenbereichen an, insbesondere zum **Rechtsextremismus**, der „**Reichsbürger“-Szene** und zu den Themen **Desinformation und Delegitimierung der Demokratie**. Er steht zudem den Kommunen beratend zur Seite und stellt Informationsmaterial zur Verfügung.

Mainz, den 19. April 2024

Michael Ebling

Minister des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Bürgermeister Aloysius Söhngen

Vorsitzender des Vorstandes Gemeinde-
und Städtebund Rheinland-Pfalz

Oberbürgermeister David Langner

Vorsitzender Städtetag Rheinland-Pfalz

Landrat Volker Boch

Landkreistag Rheinland-Pfalz